

Bedarfsorientierte Grundsicherung – Teil eines alternativen Gesamtkonzeptes

Mit der Agenda-Politik hat Rot-Grün eine massiv unsoziale Politik eingeleitet. Beschäftigte, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung einzahlten, haben nur noch einen maximal 12- bzw. 18monatigen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Und es ist schwieriger geworden überhaupt einen Anspruch zu erwerben. Im Ergebnis werden Arbeitslose schneller in das Arbeitslosengeld II abgeschoben.

Und dann sind die Menschen einer menschenunwürdigen Behandlung ausgesetzt – vor allem die unwürdige Ausschnüffelei privater Lebensverhältnisse und der repressive Druck praktisch jede angebotene Arbeit annehmen zu müssen. Die Zumutbarkeitsgelungen wurden unter das Existenzsicherungsniveau heruntergefahren. Die Regelleistung und das Geld für die Unterkunft reichen hinten und vorne nicht.

Es gilt nach wie vor: Hartz IV muss weg!

Wir brauchen die Wiederherstellung des Arbeitslosengeldes als Versicherungsleistung und darüber hinaus eine bedarfsorientierte, menschenwürdige Grundsicherung. Bei dieser solidarischen Hilfeleistung dürfen wir aber nicht stehen bleiben, oder gar daraus noch eine Tugend machen. Entscheidend für gewerkschaftliche und linke Politik ist, dass Arbeitslosigkeit bekämpft wird, dass wir für eine Neuorganisation unserer Gesellschaft kämpfen. Dabei geht es darum den Lebensinteressen der Beschäftigten, der Kinder, der Rentnerinnen und Rentner und dem möglichst immer kleiner werden Kreis von Erwerbslosen Rechnung zu tragen. Es geht um eine Politik für das ganze Haus!

Eine besondere Reformnotwendigkeit besteht beim Arbeitslosengeld II. Wir brauchen eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung. Dazu gehört zuallererst die Anhebung der Grundleistung auf 420 Euro im Monat zuzüglich der jeweiligen Leistung für das Wohnen. Das Arbeitslosengeld II muss als Individualanspruch geleistet werden – allein damit entfällt schon die Ausschnüffelei der Bedarfsgemeinschaften.

Die Leistungen müssen am Bedarf orientiert sein. Voraussetzung für einen Anspruch ist kein oder ein ungenügendes **Einkommen**. Außerdem darf das vorhandene **Vermögen** einen bestimmten Schwellenwert nicht übersteigen. Selbstgenutzte Immobi-

¹ Michael Schlecht ist Mitglied bei der WASG. Beruflich ist er tätig als Gewerkschaftssekretär beim

lien werden dabei nicht einbezogen. Vermögen für die Altersvorsorge wird gesondert bewertet.

Die Leistungen müssen repressionsfrei gewährt werden. Es muss wieder einen hinreichenden Schutz durch entsprechende Zumutbarkeitsregelungen geben:

1. Die **berufliche Qualifikation** muss geschützt werden. Eine Tätigkeit, die deutlich von der erworbenen Qualifikation abweicht ist unzumutbar.
2. Das **Einkommen** darf nicht unterhalb der einschlägigen Tarifverträge liegen. Sind diese nicht vorhanden, so muss der ortsübliche Lohn gezahlt werden. In jedem Falle muss das Einkommen die Existenz absichern.
3. Die Anforderungen an die **Mobilität** müssen begrenzt sein.
4. Eine Tätigkeit, die gegen die politische und religiöse **Gewissensfreiheit** verstößt, ist unzumutbar.

Mit derartigen Zumutbarkeitsregelungen gäbe es einen Schutz davor, jede Arbeit aufnehmen zu müssen.

Mindestlohn²

Alle Forderungen für die Verbesserung der Lage der Erwerbslosen stehen aber nicht isoliert. Sie müssen Teil einer Gesamtstrategie sein.

Arbeitslosengeld II wird immer stärker zu einem Kombilohn. Im letzten Jahr wurden knapp eine Million Working Poor gezählt. Die Zahl dürfte mittlerweile deutlich höher liegen. Ein Grund, weshalb die Kosten des Arbeitslosengeld II immer stärker steigen.

Dies Verbreiterung des Kombilohnes ist nur möglich, weil die Einkommen der Beschäftigten immer mehr gedrückt werden. Und es gibt Fälle, in denen Unternehmer Lohnsenkungen damit begründen, dass die Beschäftigten das fehlende Geld über Arbeitslosengeld II hereinholen können.

Um dem Einhalt zu gebieten brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn, für den Gewerkschaften und Linkspartei streiten. Nur wenn es gelingt diese Absicherung durchzusetzen, wird der Druck auf den Kombilohn Arbeitslosengeld II genommen.

Mehr noch: Die Durchsetzung eines Mindestlohnes ist eine entscheidende Voraussetzung um die Angriffe auf das bestehende Arbeitslosengeld II, insbesondere die Angriffe auf die 345 Euro abzuwehren. Und er ist entscheidend um die Chancen für eine Grundsicherung von 420 Euro im Monat zu verbessern.

Zukunftsinvestitionsprogramm³

Politik darf nicht den Anspruch aufgeben für eine gerechtere und bessere Gestaltung unserer gesamten Lebenszusammenhänge einzutreten.

In linken Kreisen geht häufig die These vom „Ende der Arbeit“ um. Viele halten Vollbeschäftigung für ein unrealistisches Ziel. Schaut man sich jedoch die vielen Mangelbereiche in unserer Gesellschaft an, dann sollte eigentlich klar sein:

Es gibt viel zu tun. Uns geht nicht die Arbeit aus:

Ältere Menschen, die in Heimen leben, werden zu oft zu schlecht betreut. Familienangehörige, die sich zu Hause um Pflegebedürftige kümmern, werden unzureichend unterstützt.

Viele Frauen mit Kindern würden gerne wieder arbeiten, finden aber keine geeignete Betreuung für ihr Kind. Mit mehr und besseren Krippen, Kindertagesstätten und Horten, mit Ganztageschulen mit kleinen Klassen haben unsere Kinder bessere Lebenschancen. Eltern, besonders Frauen können Beruf und Familie besser in Einklang bringen. Und es werden qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen.

Mindestens 20 Milliarden Euro müssen jedes Jahr zusätzlich für Erziehung und Bildung ausgegeben werden. Nur so haben wir eine Chance die Mängel, die sich auch in den PISA-Tests offenbart haben, zu beseitigen.

Unsere Verkehrsinfrastruktur steht vor dem Kollaps. Mindestens jede zehnte Brücke müsste aus Sicherheitsgründen eigentlich gesperrt werden. Es wäre sinnvoll den öffentlichen Personenverkehr massiv auszubauen. Das ist nicht nur ein Problem der Lebensqualität, sondern auch der Sicherung der Umwelt. Das Kanalnetz zur Entsorgung der Abwässer ist marode. Ein massives ökologisches Problem. Die Instandsetzung kostet alleine 55 Milliarden Euro. Viele arbeitslose Bauarbeiter könnten hier Beschäftigung finden. Viele weitere Mangelbereiche könnte man auflisten. Auch hierfür

³ Siehe auch: In unsere Zukunft investieren, ver.di-Bundesvorstand, <http://wipo.verdi.de>

sind in einem ersten Schritt weitere 20 Milliarden Euro zusätzliche Investitionen notwendig.

Mit einem Zukunftsinvestitionsprogramm in Höhe von insgesamt 40 Milliarden Euro zusätzlicher jährlicher Ausgaben kann eine Kehrtwende in unserem Land eingeleitet werden – für mehr Lebensqualität und mehr Beschäftigung. Rund eine Million zusätzlicher, sinnvoller Arbeitsplätze können auf diese Weise geschaffen werden. Viele Erwerbslose erhalten so wieder eine Perspektive für sich und die Gesellschaft.

Wenn die Durchsetzung unseres Zukunftsinvestitionsprogramm erreicht wäre, muss damit nicht Schluss sein. Es werden auch dann noch viele kollektiv zu befriedigende Bedürfnisse bleiben. Zu deren Befriedigung werden in der langfristigen Perspektive nochmals einige Millionen Beschäftigte benötigt.

Billig ist unser Konzept allemal nicht. Alleine 40 Milliarden Euro sollen für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in einem ersten Schritt vorgesehen werden. Auch die Verbesserung im Bereich der bedarfsorientierten Grundsicherung wird zweistellige Milliardenbeträge kosten. Mit dem Konzept Steuergerechtigkeit, das von ver.di, der IG Metall unter Beteiligung von Attac entwickelt wurden, besteht eine Grundlage zur Finanzierung. Wichtige Eckpunkte sind die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die stärkere Besteuerung der Unternehmen. Einschließlich der Erschließung weitergehender Finanzierungsquellen, wie einer Börsenumsatzsteuer und eines besseren Steuervollzuges sind Volumina von 60 bis 80 Milliarden Euro darstellbar.

Was ist eigentlich wichtiger? Die Zukunft unserer Kinder, unseres Landes oder weiterhin die steuerliche Privilegierung von Reichen, Superreichen und Konzernen?

Hinzu kommen muss Arbeitszeitverkürzung. Mit einer 30- bis 32-Stunden-Woche, können weitere rund fünf Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Durch solidarische Umverteilung der Arbeit. Es ist doch ein Skandal, dass viele Millionen Menschen unter Überarbeit leiden und andere zur Null-Stunden-Woche verurteilt sind.

Wir haben 1984 gemeinsam mit der IG Metall den Durchbruch von der 40- zur 35-Stunden-Woche erkämpft. Dabei war die 35 nie unser Endziel. Das hieß 30. Mit der Vision einen 6-Stunden-Tag zu ermöglichen. Ein Ziel, das schon Marx avisiert hatte zu Zeiten als noch der 12-Stunden-Tag an 6 Tagen üblich war. Auch wenn wir auf der tarifpolitischen Schiene festgefahren sind: Das Ziel einer weiteren Arbeitszeitver-

kürzung muss trotz der real existierenden Gegenbewegung bleiben! Voraussichtlich wird es vor allem politisch zu erkämpfen sein.

Bedingungsloses Grundeinkommen?

Diesem Konzept gegenüber steht das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens. Je nach Ausgestaltung soll es zwischen 700 Milliarden Euro und einer Billion Euro im Jahr kosten. Rein theoretisch mag man ja – so wie es einige Befürworter auch tun – Rechnungen aufmachen, wie selbst dieser gigantische Betrag aufgebracht werden kann. Zweifel hinsichtlich der Realisierbarkeit sind mehr als angebracht.

Kaum vorstellbar ist, inwieweit ein derartiges, von den Dimensionen her geradezu utopisches Finanzierungskonzept in der Bevölkerung vermittelbar wäre. Wie soll dieses Konzept auf einer Wahlveranstaltung während der nächsten Bundestagswahl einem größeren Kreis von Wählerinnen und Wählern schmackhaft gemacht werden?

Aber unabhängig davon: Selbst wenn die Finanzierung gelingen sollte, stünde das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens dem Gesamtkonzept bedarfsorientierter, sozialer Absicherung und gleichzeitiger Neuschaffung von Arbeitsplätzen in den vielen Mangelbereichen entgegen. Hierfür wäre schlicht kein Geld mehr vorhanden.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen soll nach Ansicht der linken Vertreter vor allem finanziert werden über eine massive zusätzliche Besteuerung der Unternehmen und der Vermögenden. Auch wenn das Zukunftsinvestitionsprogramm im wesentlichen auch aus diesen Quellen finanziert werden soll, sind die Größenordnungen jedoch unvergleichbar. Bereits bei der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Anhebung des Spitzensteuersatzes werden massive negative wirtschaftspolitische Rückwirkungen behauptet. Die finanzielle Größenordnung eines Zukunftsinvestitionsprogramms ist jedoch darstellbar und die Rückwirkungen sind begrenzt und überschaubar. Forderungen zur Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens sprengen aber jeden Rahmen. Sie hätten möglicherweise negative Rückwirkungen auf die Investitionstätigkeit der Unternehmer. Über das Ausmaß und die Beherrschbarkeit der Folgewirkungen wird sich jedoch keine Gedanken gemacht.

Lohnerhöhungen ohne Grenzen?

Auch ist die Vorstellung naiv, dass die Lohnstrukturen von einem bedingungslosen Grundeinkommen unberührt bliebe oder man bewusst die Lohnhöhen steuern könnte. Gleiches gilt für die Vorstellung, Beschäftigte könnten extreme Lohnerhöhungen durchsetzen. Es würde sich zwar vermutlich die Verhandlungsposition für die Be-

schäftigten verbessern. Allerdings würde die Nachfrage nach Arbeitskräften mit der Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit möglicherweise ebenfalls zurückgehen. Mit Lohnerhöhungen wird immer auch auf die Angebotsseite eingewirkt. In Anbetracht von Erhöhungen, die unter dem verteilungsneutralen Spielraum bleiben, ist davon wenig zu spüren. Anders bei der Vorstellung man könnte drastische Lohnerhöhungen durchsetzen.

Aber unterstellen wir einmal, es würde gelingen, mit dem bedingungslosen Grundeinkommen deutlich höhere Einkommen am Arbeitsmarkt durchzusetzen. Solange dies im Bereich der kapitalistischen Produktion erfolgt, könnte man es ja noch als Erfolg interpretieren.

Ein Problem gibt es vor allem im Bereich öffentlich organisierter sozialer Dienstleistungen. Klar, viele dort beschäftigte Krankenschwestern, Pflegekräfte, Sozialarbeiter usw. müssen mehr verdienen als heute. Aber sollte es gelingen die Einkommen in diesem Bereich weit über das angemessene hinaus zu erhöhen, stellte sich die Frage nach der Finanzierung. Denn in diesen Bereichen findet keine kapitalistische Verwertung statt, sondern die Dienstleistungen müssen aus Steuergeldern oder Versicherungsbeiträgen oder privaten Zahlungen der Leistungsempfänger bezahlt werden.

Wenn aber ohnehin schon aufgrund der gigantischen Kosten des bedingungslosen Grundeinkommens die finanziellen Spielräume des Staates demnächst noch erheblich enger sein dürften als heute, wäre die Möglichkeit hohe Lohnforderungen in dem Bereich zu erfüllen, ausgeschlossen. Mehr noch: Der erwünschte Ausbau, die vermehrte Beschäftigung in diesem Sektor würde konterkariert.

Und schließlich: Es gibt sehr unterschiedliche Vorschläge für die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommens. Bis zu 1500 Euro je Monat sind in der Debatte. Was ist aber, wenn die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens zur erhöhten Inflation führt? Selbst hohe nominale Beiträge können so real schnell entwertet werden.

Weshalb „bedingungslos“?

Von den Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens werden die Menschenrechte neu durchdekliniert. Jeder Mensch, weil er ein Mensch ist, soll das Anrecht erhalten ohne jegliche Bedürfnisprüfung von der Gesellschaft ein Grundeinkommen zu erhalten.

Weshalb sollen die Ackermanns und andere Reiche ein Grundeinkommen erhalten, das sie wahrlich nicht zum Leben brauchen? Das will mir und vielen meiner Kolleginnen und Kollegen nicht in den Sinn.

Es kann doch auch nicht übersehen werden, dass wir nach wie vor in einer Klassengesellschaft leben. Auch oberflächlich ist sichtbar, dass es die große Zahl von Menschen gibt, die „von ihrer Hände Arbeit“ leben müssen. Ihnen steht ein kleiner Kreis gegenüber, deren Einkommen nichts mehr mit eigener Leistung zu tun hat, sondern nur noch Aneignung unbezahlter Arbeit anderer ist.

Mir will darüber hinaus überhaupt nicht in den Sinn, weshalb an einen Personenkreis von ungefähr 60-70 oder sogar mehr Millionen Menschen ein Grundeinkommen ausbezahlt werden soll, obwohl schon ein ausreichendes Einkommen vorhanden ist.

Politik sollte sich auf notwendige Hilfeleistungen an Menschen konzentrieren, denen es wirklich schlecht geht und die heute unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen.

Deshalb: Der Bedarf muss entlang von Einkommen und Vermögen festgelegt werden. So wird die Hilfeleistung auf die wirklichen Bedürftigen konzentriert.

Keine Bedürfnisprüfung?

Beim bedingungslosen Grundeinkommen soll durch den Fortfall jeglicher Bedürfnisprüfung wirkliche Repressionsfreiheit möglich werden.

Dabei entpuppt sich die Vorstellung, eine Bedürfnisprüfung ausschließen zu können, schnell als Illusion. Auch wenn sie bei den Sozialämtern nicht stattfindet, müsste sie in jedem Fall bei der Finanzverwaltung erfolgen. Im Rahmen einer Einkommensteuererklärung müsste Einkommen und Vermögen geprüft werden und gegebenenfalls einer Besteuerung unterzogen werden.

Aber selbst wenn man einmal theoretisch annehmen würde, es gäbe überhaupt keine Bedürftigkeitsprüfung, so würde sich dies für einen großen Teil gerade von besonders bedürftigen Menschen eher nachteilig darstellen. Zum Beispiel für Menschen mit einer Behinderung, für Pflegebedürftige und andere mehr. Wir brauchen in jedem Fall eine bedarfsorientierte Einzelfallprüfung, bei der Zusätzliches angemeldet werden kann.

Es geht nicht um das Ob, sondern darum, dass Bedürftigkeitsprüfungen menschenwürdig gestaltet werden. Es geht auch um gesetzliche Vorgaben, die den Bearbeitern eine angemessene, den Bedürfnissen gemäße Leistungsgewährung ermöglicht.

Bedarfsprüfung „Arbeitsbereitschaft“

Mit den Hartzgesetzen ist praktisch jeglicher Schutz auf Zumutbarkeit einer angebotenen Arbeit entfallen. Bis zu einer Lohnhöhe, die als sittenwidrig gilt – 30 Prozent unter Tarif –, kann jeder Erwerbslose unter Androhung von Sanktionen verpflichtet werden, eine Arbeit anzunehmen.

Mit diesen Praktiken Schluss muss sein. Zumutbarkeitsregelungen sind nötig, die einen angemessenen Einkommens- und Qualifikationsschutz umfassen. Weiter oben sind sie bereits dargestellt.

Ein derartiger Schutz vor grenzenlos abverlangter Arbeitsbereitschaft ist dringend notwendig. Wir müssen die Kolleginnen und Kollegen davor schützen, dass jede Arbeit aufgenommen werden muss. Damit wäre auch der Angst vieler Beschäftigter begegnet, bei Arbeitslosigkeit nach kurzer Zeit sozial komplett abzustürzen. Beschäftigte könnten wieder weitgehend frei von grundlegenden Existenzängsten leben.

Recht auf Nichtarbeit?

Den Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens reicht dies nicht. Sie sagen auch unter Voraussetzung liberalster Zumutbarkeitsregelungen: „Jeder Mensch soll die Freiheit haben, nicht arbeiten zu wollen“. Sie kämpfen für das Recht des Individuums auf Freiheit.

Ich halte diesen Freiheitsbegriff für idealistisch, für utopisch, für an den realen Lebensverhältnissen der Menschen, an den realen gesellschaftlichen Verhältnissen vorbeigehend.

Die Menschen leben in gesellschaftlichen, arbeitsteiligen Zusammenhängen und gestalten in diesen ihren Lebensgewinnungsprozess miteinander und mit der Natur. Marx bringt es auf den Punkt: „Wie der Wilde mit der Natur ringen muss, um seine Bedürfnisse zu befriedigen, um sein Leben zu erhalten und zu reproduzieren, so muss es der Zivilisierte, und er muss es in allen Gesellschaftsformationen und unter allen möglichen Produktionsweisen.“⁴ Unter den hochkomplexen arbeitsteiligen Bedingungen

⁴ Karl Marx, Kapital Band 3, MEW 25, Seite 828

geht es natürlich nicht nur um die materielle Reproduktion, sondern um das Gesamtgeflecht von Warenproduktion und Dienstleistungen.

Dies beinhaltet immer auch Arbeiten für die Gesellschaft, die belastend und wenig attraktiv sind. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte besteht die Chance, den Anteil dieser Arbeiten immer mehr zurückzudrängen. Dies ist im übrigen die zivilisatorische Seite des Kapitalismus, dass er eine in der Menschheitsgeschichte nie da gewesene Entfaltung der Produktivkräfte menschlicher Arbeit bewirkt hat. Es besteht die Chance verbleibende belastende Arbeiten solidarisch zu verteilen.

Marx schreibt dazu: „Die Freiheit ... kann nur darin bestehen, dass der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen.“ Und er ergänzt: „Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit.“⁵ Unangenehme und belastende Seiten des Lebensgewinnungsprozesses wird es immer geben.

Aus diesen Gründen ist die Vorstellung eine absolute Freiheit des Individuum zum Ziel erklären zu können, eine Illusion; sie ist zutiefst unsolidarisch! Die individuelle Freiheit findet immer ihre Grenzen darin, dass jeder einzelne Mensch Teil eines gesellschaftlichen Gesamtkörpers ist, in dem der Lebensgewinnungsprozess gemeinsam und solidarisch organisiert werden muss.

Das bedingungslose Grundeinkommen verletzt den Kant'schen Kategorischen Imperativ: „Handle nur nach derjenigen *Maxime*, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein *allgemeines Gesetz* werde“. Die Ausstiegsoption aus der Erwerbsarbeit setzt voraus, dass andere diese Option nicht wählen. Nur wenn eine hinreichende Zahl von Beschäftigten sich weiter dem Los der Lohnarbeit hingeben, kann das bedingungslose Grundeinkommen funktionieren. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ohne Arbeit gleichzeitig für alle ist nicht möglich.

Dass die Lebenschancen für alle aufgrund der kapitalistischen Verfasstheit nicht umgesetzt werden, kann doch keine Rechtfertigung sein, aussteigen zu wollen. Nach dem Motto: „Ich steige aus und lasse andere für mich arbeiten“. Das Konzept des

⁵ ebenda

bedingungslosen Grundeinkommens hat durchaus Ähnlichkeiten mit der Lebenshaltung eines Vermögensbesitzers. Man kann nicht gesellschaftliche Teilhabe einfordern und gleichzeitig jede Pflicht zu einer individuell durchaus möglichen Gegenleistung ablehnen. Es gibt keine sozialen und solidarischen Gemeinschaften, in denen es für einen begrenzten Teil nur Rechte und keine Pflichten gibt.

„Was ist der emanzipatorische Fortschritt an einer Arbeitsteilung, bei der ein WG-Mitbewohner sich von jeder Hausarbeit freistellen lässt und stattdessen sein Zimmer künstlerisch verschönt?“⁶

Sarkastisch könnte man sagen in Anlehnung an ein Lied von Reinhard Mey: „Über den Wolken muss die Freiheit wohl grenzenlos sein..“. Aber aus der Wortwahl des Liedermachers erkennt man schon, dass selbst er sich nicht so ganz sicher ist, ob im Himmel eine Grenzenlosigkeit besteht.

Nach meinen Erfahrungen nimmt die übergroße Zahl der Beschäftigten und vor allem der Erwerbslosen diese Pflichten auch an. Häufig habe ich gehört: „Ich will niemandem auf der Tasche liegen, ich will arbeiten.“ Gegenüber dem kleinen Kreis, der diese Verantwortung nicht bereit ist anzunehmen, ist es gerechtfertigt und notwendig einen letzten Rest von Anforderung gesellschaftlicher Verpflichtung abzufordern. Die Aufnahme einer zumutbaren Arbeit kann nicht verweigert werden. Wenn dies trotz aller liberalen Bedarfsprüfungen und Zumutbarkeitsregelungen geschieht, sind begrenzte Kürzungen der Grundsicherung von 420 Euro angezeigt. Dabei muss immer sichergestellt sein, dass die Ernährung und das Wohnen nicht gefährdet sind.

In Anbetracht der Lage auf dem Arbeitsmarkt werden vielen Erwerbslosen unter Anwendung des Zumutbarkeitsschutzes kaum Jobs angeboten. Von daher sind mögliche Konflikte ohnehin minimiert. Darüber hinaus sollte auch eine qualifizierte soziale Betreuung vorgesehen sein, die Erwerbslosen zur Verfügung steht, wenn sie dazu neigen einen der wenigen zumutbaren Arbeitsangebote abzulehnen.

Lohnarbeit – Despotie und gesellschaftliche Teilhabe

Die Befürworterinnen und Befürworter des bedingungslosen Grundeinkommens haben auf die Lohnarbeit eine sehr einseitige Sicht. Sie sehen nur Despotie, sie sehen nur Unterdrückung. Die Seiten der persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten in einem

⁶ Martin Künkler, in: Gerntke, Rätz, Schäfer, Einkommen zum Auskommen, Seite 79

sozialen Zusammenhang und die damit zusammenhängende Anerkennung und Selbstbestätigung werden ausgeblendet.

Der Erwerbsarbeitsprozess ist beides. Despotie und Selbstentfaltung. Diese zwei Seiten stellen sich je nach beruflicher Stellung sehr unterschiedlich dar, ändern aber nichts an diesem Verhältnis.

Menschen haben das Bedürfnis sich in einem gesellschaftlichen Zusammenhang zu betätigen und zu verwirklichen. Marx spricht mit Aristoteles davon, dass der Mensch „ein gesellschaftliches Tier ist.“ Erwerbsarbeit ist die Form der gesellschaftlichen Teilhabe, die unsere Zeit, unsere Gesellschaft zu bieten hat.

Weshalb kann das nicht auch bürgerschaftliches Engagement sein? Bürgerarbeit mag für den einzelnen und seine Umgebung sinnvoll sein. Aber der Kreis der expliziten Wertschätzung ist immer begrenzt. Bei der Erwerbsarbeit steht dem Verkauf der Arbeitskraft immer das allgemeine, gesellschaftliche Äquivalent, das Geld gegenüber. Damit wird dem Einzelnen eine Mitteilung gemacht, auch wenn man sich – weil es so selbstverständlich und gewöhnlich erscheint – kaum explizit Rechenschaft ablegt: „Die Gesellschaft honoriert deine Arbeitskraft! Nicht nur ein paar Menschen, denen du Gutes tust, nein, die ganze Gesellschaft!“ Dies hat auch Auswirkungen auf den Gefühlshaushalt des Einzelnen. Man hat das Gefühl, man wird verbindlich gebraucht, man ist anerkannt.

In Diskussionen hört man häufig immer wieder die Formulierung wir müssten „Arbeit neu definieren“. Die vermeintliche „kulturelle Fixierung auf Erwerbsarbeit“ ist jedoch kein ideologisches Produkt in dem Sinne, dass die Menschen sich frei entscheiden könnten, die Erwerbsarbeit ab sofort einfach anders zu sehen. Die Bedeutung der Erwerbsarbeit ist an die ökonomische Grundstruktur und die damit verbundenen sozialen Beziehungen in unserer Gesellschaft gebunden. Man mag ja diese Form der gesellschaftlichen Anerkennung unentwickelt, brutal und unmenschlich empfinden. Die Auflösung und Weiterentwicklung ist nur möglich wenn die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit durch einen bewussten Abstimmungsprozess, also eine unmittelbare Gesellschaftlichkeit ersetzt würde.

Die gesellschaftliche Eingebundenheit tritt dem Einzelnen nicht unmittelbar zutage. In unserer Gesellschaftsordnung ist die gesellschaftliche Beziehung über Sachen vermittelt. Im Kern durch das Geld. Insofern ist auch angelegt, dass der Einzelne sich unabhängig von jeder Gesellschaftlichkeit wähnt.

Menschen ohne Erwerbsarbeit sind von dieser gesellschaftlichen Anerkennung ausgeschlossen, so komfortabel die Erwerbslosigkeit möglicherweise auch organisiert sein mag. Vor diesem Hintergrund verwundert nicht, dass viele Erwerbslose froh sind einen 1-Euro-Job zu erhalten. So mies Bezahlung und Arbeitsbedingungen auch sind – Hauptsache man kommt raus aus der Bude, man kommt unter Leute und ist in einem strukturierten Alltag eingebunden.

Die Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit leistet einen entscheidenden Beitrag zur Herausbildung des Gefühlshaushaltes, der für die Persönlichkeitsbildung von entscheidender Bedeutung ist. Wie dies gelingt hängt von der Zeitdauer der Arbeit und der Qualität der Arbeitstätigkeit ab. Dies zu optimieren durch allgemeine solidarische Arbeitszeitverkürzung, mehr Freizeit für alle und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, mehr Mitsprache in der Arbeit für die Menschen – das ist ein Ziel des Demokratischen Sozialismus.

Zwei Formen der Erwerbsarbeit

Es gibt schon längst zwei Grundformen von Erwerbsarbeit. Die eine ist die Arbeit, die in einem kapitalistischen Unternehmen geleistet werden muss. Wie bereits geschildert liegen hier despotische und attraktive Seiten der Arbeit dicht beieinander. Die Despotie wird hier insbesondere darüber vermittelt, dass der kapitalistische Produktionsprozess an das Ziel der Profitmaximierung gebunden ist. Deshalb ist aus Sicht eines Unternehmers nur die Arbeitskraft produktiv, die Werte produziert und zwar soviel Werte produziert, dass er einen möglichst hohen Profit aus ihr herausziehen kann. Ob diese Arbeitskraft für die Gesellschaft nützliche Tätigkeiten verrichtet ist sekundär.

Daneben gibt es schon immer Erwerbsarbeit, die im nicht-kapitalistischen Bereich, vor allem im Bereich der öffentlichen Hand oder gemeinnütziger Träger verrichtet wird. Das Spezifische dieser Arbeit ist nicht Profitmaximierung, sondern eine optimale Bereitstellung von Dienstleistungen für die Bevölkerung oder einzelne Gruppen der Bevölkerung. Von daher sind die Entfaltungsmöglichkeiten in der Erwerbsarbeit im nicht-kapitalistischen Bereich in der Tendenz noch immer größer als im Bereich der eigentlichen kapitalistischen Produktion. Aus Sicht des Unternehmerlagers ist Arbeit im öffentlichen Bereich, Arbeit für die Daseinsvorsorge, unproduktive Arbeit, weil sie keinen Beitrag leistet für seine Profitmaximierung.

Deshalb ja auch die Angriffe von neoliberaler Seite. Deshalb die aggressive Landnahme, genannt Privatisierung. Es ist begrüßenswert, dass in jüngster Zeit von Seiten der Linkspartei klarer dagegen Stellung bezogen wird.

Mit der Formulierung „Arbeit neu definieren“ ist häufig gemeint, dass wir den Arbeitsbereich ausweiten müssen, in dem es einzig und allein um eine bessere Bereitstellung von Dienstleistungen und Sachleistungen für die Bevölkerung geht. Eine Bereitstellung, die nicht unter dem Diktat der Profitmaximierung steht.

Das Projekt eines Zukunftsinvestitionsprogrammes dient genau diesem Ziel. Hier geht es gerade darum Arbeitsbereiche, insbesondere soziale Dienstleistungen außerhalb der Kapitalverwertung auszubauen. Ein derartiger Arbeitssektor, gut ausgebaut mit hinreichend finanziellen Mitteln ausgestattet, mit gut qualifizierten Arbeitsplätzen und einer vernünftigen tarifgerechten Bezahlung ist die Voraussetzung für eine deutliche Steigerung der Attraktivität der Arbeit der Betroffenen, ist die Voraussetzung die Selbstverwirklichungsmöglichkeiten in der Arbeit deutlich zu verbessern.

Alternative Bürgerarbeit?

Von den Vertreterinnen und Vertretern des bedingungslosen Grundeinkommens wird die Bürgerarbeit propagiert als Perspektive für diejenigen, die keiner bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen.

Insbesondere in den 60er Jahren und vor allen Dingen in den 80er Jahren wurden Arbeitszeitverkürzungen in historisch einmaliger Weise durchgesetzt. Für breite Teile der Beschäftigten eröffnete sich überhaupt erst ein Bereich der Freizeit, der Nichtarbeit. In Verbindung mit deutlichen Verbesserungen im Einkommensniveau haben sich auch finanzielle Spielräume eröffnet, die errungene Freizeitphase zu nutzen. Alle diese Erfolge sind bereits wieder am abbröckeln und auf das höchste gefährdet.

In diesem Rahmen haben sich auch die Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten, auch Aktivitäten im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements stark verbreitert. Voraussetzung für diese Erfolge waren Produktivkraftsteigerungen und die Erzwingung der Teilhabe der Beschäftigten durch den gewerkschaftlichen Kampf. Die Möglichkeit der Entfaltung von Bürgerarbeit oder Freizeit ist also nicht voraussetzungslos, sondern an heftige soziale Kämpfe gebunden. Die Forderungen der Arbeitgeber nach Verlängerung der Arbeitszeit zeigt dies in bedrohlicher Weise.

Bürgerschaftliches Engagement ist zu begrüßen, darüber kann es überhaupt keine Diskussion geben. Ich bin der Auffassung, dass man sogar überlegen muss, dies

stärker von staatlicher Seite zu stützen. Daran zu denken wäre, dass die Aktivität von gemeinnützigen Vereinen stärker als in der Vergangenheit finanziell gefördert wird. So könnte bürgerschaftliches Engagement sich in Zukunft noch mehr entfalten als bisher.

Allerdings kann es kein Ersatz für Erwerbsarbeit sein. Das Spezifische der Bürgerarbeit ist unter anderem die beständige Freiwilligkeit. Dies bedeutet immer nur eine begrenzte Verbindlichkeit und damit begrenzte gesellschaftliche Eingebundenheit.

Eine Reihe von hochkomplexen Tätigkeiten, die eine bestimmte gesellschaftliche Stufenleiter der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung erfordern, als auch Tätigkeiten, die eine bestimmte Zeitdauer erfordern, können im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements in der Regel nicht durchgeführt werden. Die mit derartigen Anforderungen verbundenen attraktiven Seiten für die Beschäftigten sind dem Bereich der Erwerbsarbeit vorbehalten.

Weite Bereiche von gesellschaftlich notwendigen sozialen Dienstleistungen können im Rahmen des Bürgerengagements nur ergänzend verrichtet werden. Alle Mängelbereiche, die wir abstellen wollen durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm, können nur im Rahmen organisierter Erwerbsarbeit bewältigt werden. Erziehungsarbeit, Bildungsarbeit in der Schule, Reparatur großtechnischer Infrastruktur, wie Brücken und Kanalisation, sind Dinge, die alle gut organisierten und beständigen professionellen Einsatz erfordern.

Im Altenpflegeheim zum Beispiel kann bürgerschaftliches Engagement sehr hilfreich sein. Aber es kann nur ergänzend sein. Die Grundlage muss immer eine hinreichende Personalausstattung mit hochqualifizierten Fachkräften sein.

Wer möchte im Alter nach Schlaganfall oder bei Demenz sich alleine auf die Pflegeleistung durch freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement verlassen? Nur wenige Mutige dürften das Risiko des Durchliegens und anderer Vernachlässigungen riskieren. Ich gehöre jedenfalls nicht zu diesen Mutigen.

Man muss aber auch die Gefahren im Zusammenhang mit Bürgerarbeit sehen: Sie wird häufig missbraucht um staatliche Leistungen, die weggespart wurden zu ersetzen. So werden auch Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gefährdet. Eher umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir müssen viele Tätigkeiten, die heute modisch unter dem Begriff „Bürgerarbeit“ uns aufgehalst wurden, wieder durch die öffentliche Hand erledigen lassen. Zum Beispiel sollten Schulen von Handwerkern saniert werden und

nicht von den Eltern. Und wir sollten viele „ehrenamtliche“ Reproduktionstätigkeiten, die häufig von Frauen geleistet werden – hochstilisiert als aufopferungsbereite Mutter und Hausfrau –, durch soziale Dienste professionalisieren.

Frauen

Das bedingungslose Grundeinkommen soll vor allem auch für Frauen förderlich sein. „Frauen, die in dieser Gesellschaft vom Partnereinkommen abhängig sind, wird eine selbstbestimmte Entwicklung erleichtert,“ so liest man. Warum soll das zwingend das bedingungslose Grundeinkommen erfordern? Auch mit einer bedarfsorientierten Grundsicherung kann dies erreicht werden!

Viele Frauen haben eine ablehnende Positionen gegenüber dem bedingungslosen Grundeinkommen. Sie befürchten eine diskriminierende Wirkung.

Warum wohl sind in der inzwischen Jahrzehnte alten Debatte um Lohn für Hausarbeit die Befürworterinnen immer in der Minderheit geblieben? Die Mehrheit der Frauen war und ist überzeugt, dass sie durch die Bezahlung ihrer anscheinend ureigentlichen Pflichten auf ewig an Kinder, Herd und Staubsauger gekettet wären. Das gilt genauso für das bedingungslose Grundeinkommen.

Frauen haben sich mühsam ihr Recht auf Teilhabe an Erwerbsarbeit erstreiten müssen. Noch immer sind sie im Erwerbsleben diskriminiert. Wenn sie erst mit einem Grundeinkommen versorgt sind, warum sollte ihnen dann noch ein Arbeitsplatz, Weiterbildung im Betrieb und Aufstiegschancen angeboten werden?

Und warum sollte der Lebensgefährte und Familienvater zugunsten von Haushalt und Erziehung zurückstecken? Er müsste auf Karrierechancen in seinem Beruf verzichten, obwohl die Partnerin doch über ein Grundeinkommen versorgt ist. Die entsprechenden Beziehungskrisen kann man sich doch lebhaft vorstellen.

Wenn aufgrund der immensen Kosten eines bedingungslosen Grundeinkommens kein Geld für den Ausbau von Kinderkrippen und Kindertagesstätten zur Verfügung steht, möglicherweise vorhandene Einrichtungen eher noch heruntergefahren werden, sind Frauen weiterhin stark in der Betreuung ihrer Kinder eingebunden. Die Möglichkeit einer Berufstätigkeit mit den damit verbundenen sozialen Kontakten wird damit weiter verbaut.

Kombilohn für alle?

Das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens soll gerade für Gewerkschaften besonders empfehlenswert sein. Beschäftigte könnten angeblich deutlich höhere Löhne durchsetzen.

Dies ist ein Irrtum. Arbeitsentgelte erhielten so in der Tendenz nur noch eine aufstockende Funktion. Man kann diesen Mechanismus bereits am Kombilohn Arbeitslosengeld II erkennen. Löhne werden gedrückt mit dem Verweis, dass das fehlende ja vom Staat bezahlt werde. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen würde das Lohnsystem zu einem Kombilohn für alle „mutieren“.

Vertreter der Arbeitgeberseite sprechen dies ja offen aus. Götz Werner, Chef der DM-Kette sagt: „Nehmen wir an, eine Krankenschwester verdient 2500 €. Nach Abzug des Bürgergeldes müsste das Krankenhaus ihr dann nur noch 1200 € bezahlen⁷“.

Auch der Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts Thomas Staubhaar macht sich für ein bedingungsloses Grundeinkommen stark. Er sieht vor allen Dingen den Vorteil, dass darüber die Löhne sinken könnten. „Die Löhne werden ins Rutschen kommen.“⁸ Ein Kombilohnmodell für alle. Zur Freude der Unternehmer.

Seit an Seit mit Milton Friedman und Götz Werner?

Auch von neoliberaler Seite finden sich Protagonisten des bedingungslosen Grundeinkommens. Ja, historisch sind sie sogar die Erfinder. Schwebt ihnen wirklich die Menschheitsbeglückung vor? Oder ist ihr Motiv nicht eher die elegante Entsorgung überflüssiger Arbeitskräfte? Bei gleichzeitiger Einsparung bei den Löhnen, den Lohnnebenkosten, da die Sozialversicherung ohnehin überflüssig wird?

Macht es denn niemanden nachdenklich, dass man sich an der Seite von Milton Friedman, Meinhard Miegel oder des Chefs der Drogeriemarktkette DM Götz Werner wiederfindet?

„Der könnte sehr wichtig werden,“ so einer der Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens, Prof. Michael Opielka in der Süddeutschen Zeitung. „Große Themen hängen immer an großen Personen. Werner ist Unternehmer, der Chef ei-

⁷ Interview in der Süddeutschen Zeitung 2.7.2005

⁸ Interview in der Frankfurter Rundschau vom 4.5.2006

nes Milliardenkonzerns. Man kann wirklich froh sein, dass sich so einer dieses Themas annimmt.⁹

Das Netzwerk Grundeinkommen wirbt damit, dass „auch die Unternehmen gewinnen: motivierte Mitarbeiter/innen, mehr Risikobereitschaft aufgrund der Einkommenssicherheit, niedrigere Lohnnebenkosten.¹⁰“ Die Initiative „Freiheit statt Vollbeschäftigung“ wirbt ausdrücklich: „Das bedingungslose Grundeinkommen stärkt die Unternehmen. Sie können automatisieren, ohne sich Sorgen um entlassene Mitarbeiter zu machen.¹¹“ Prima, da können die Manager endlich wieder frei von Gewissensbissen ruhig schlafen.¹²

Überwindung des Kapitalismus?

Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen wäre der einzelne Beschäftigte nicht mehr gezwungen, sich dem Kapital auszusetzen. „Auf jeden Fall bricht (das bedingungslosen Grundeinkommen) mit der dem Kapitalismus innewohnenden Verwertbarkeitslogik und bewirkt, dass Menschen aufgrund der garantierten materiellen Sicherheit weniger erpressbar sind. Damit erleichtert es politische Teilhabe und Zivilcourage und befördert damit gesellschaftliche Transformationen.¹³“

Sicher, Menschen wären weniger erpressbar. Aber wieso ist hierfür das bedingungslose Grundeinkommen erforderlich? Wieso ist nicht auch, um dieses Ziel zu erreichen, die bedarfsgerechte Grundsicherung hinreichend? Auch sie führt wieder zu einer existentiellen Absicherung!

Die Vorstellung mit dem bedingungslosen Grundeinkommen die Verwertungslogik zu durchbrechen ist bei weitem naiver und unzulänglicher, wie es die Vorstellung war, man bräuchte nur Produktionsmittel zu verstaatlichen, um eine erfolgreiche andere Gesellschaftsordnung etablieren zu können. In tragischer Weise hat die Geschichte uns gelehrt, dass zu einem erfolgreichen alternativen Modell gesellschaftlicher Organisation weit mehr gehört, als an einzelnen Stellschrauben herumzudrehen.

⁹ Süddeutschen Zeitung 5.7.2005

¹⁰ Selbstdarstellungsflyer

¹¹ www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de

¹² „Zwei von drei Managern sehen die Notwendigkeit, unter Umständen selbst dann Mitarbeiter zu entlassen, wenn das Unternehmen als Ganzes gut verdient. Gleichzeitig empfinden neun von zehn Entscheidungen, die andere den Arbeitsplatz kosten, als massiv belastend.“ Umfrage des Forschungsinstituts Sinus-Sociovision. Zitiert nach Capital 15/2006, Seite 61

¹³ Katja Kipping, Weil der Mensch ein Mensch ist, in Utopie kreativ, Juni 2006

Dabei hatte die Verstaatlichung von Produktionsmitteln noch das Positive, dass versucht wurde eine andere Produktionsweise die gesellschaftlicher Existenz zu organisieren. Selbst dahinter fällt die Logik eines bedingungslosen Grundeinkommens zurück. Sie verbleibt rein auf der Verteilungsebene.

Ein Bewusstsein, dass das anarchische Wirken von Einzelkapitalen, jeder für sich ausgestattet mit dem Trieb nach Maximalprofiten, das eigentliche Problem unserer Wirtschaftsordnung ist, geht dabei komplett unter. Wie das zentrale Steuerungselement kapitalistischer Wirtschaftsweise, nämlich blindwütige Konkurrenz der Einzelkapitale und das Ziel des Eigennutzes, des Maximalprofites, durch eine alternative gesellschaftlich vermittelte Logik ersetzt werden kann, dieses Problem existiert nicht für die Vertreterinnen und Vertreter des bedingungslosen Grundeinkommens; nicht einmal im Ansatz.

Politische Sackgasse

Politische Strategien müssen inhaltlich stimmig sein. Man muss mit ihnen aber auch Mehrheiten in der Bevölkerung ansprechen können.

Auch wenn es einen Kreis von Menschen gibt, für die gerade vor dem Hintergrund auch individuell erlebter menschenunwürdiger Notlagen, das Konzept des bedingungslosen Grundeinkommens als eine Rettung erscheint, bleibt dieser Personenkreis bezogen auf die gesamte Gesellschaft sehr begrenzt.

Zielführend, fortschrittlich ist nur eine Politik, die in solidarischer Weise die Belange von Jungen und Alten, von Beschäftigten und Erwerbslosen im Blick hat. Deshalb ist immer eine Politik für das ganze Haus notwendig.

Eine Politik für Erwerbslose - hierfür der Eingangs geschildert Vorschlag zur Wiederherstellung des Arbeitslosengeldes als Versicherungsleistung und einer bedarfsorientierte Grundsicherung vor. Darüber hinaus brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn. Wir brauchen eine Politik zur Schaffung von zusätzlicher Arbeitsplätze. Wir brauchen eine Politik, mit der wir Mängelbereiche beseitigen, unter denen breite Teile der Bevölkerung leiden.

Dies sind nur wenige Eckpunkte einer Politik für das ganze Hause.